

Kompensatorische Vertragsgestaltung im Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Marcus Bieder

1. Auflage 2015. Buch. 542 S. Gebunden mit Schutzumschlag
ISBN 978 3 8487 2086 6

[Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Schriften des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht
der Universität zu Köln

Band 125

Marcus Bieder

Kompensatorische
Vertragsgestaltung
im Arbeits- und
Wirtschaftsrecht



Nomos



Schriften des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht
der Universität zu Köln

Begründet von Hans Carl Nipperdey

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler
Prof. Dr. Herbert Wiedemann

Band 125

Marcus Bieder

Kompensatorische Vertragsgestaltung im Arbeits- und Wirtschaftsrecht



Nomos



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2086-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-6476-9 (ePDF)

Die Bände 1–113 sind beim Verlag C. H. Beck, München, erschienen.

1. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsübersicht

Teil 1	Einführung und Grundlagen	21
§ 1	Einleitung	21
§ 2	Erscheinungsformen der Kompensationsmaxime	48
§ 3	Der regulative Gehalt des Kompensationsgedankens	83
§ 4	Grundsätzliche Vorbehalte gegenüber vertraglichen Kompensationslösungen	102
§ 5	Kompensatorische Vertragsgestaltung – Effektivierung oder Preisgabe der Privatautonomie?	122
Teil 2	Der Anwendungsbereich der kompensatorischen Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht	131
§ 6	Der zeitliche Einsatzbereich von Kompensationsinstrumenten	131
§ 7	Rechtsgutsdisponibilität als Kompensationsvoraussetzung	134
§ 8	Auswirkungen der unterschiedlichen Schutzintensität arbeitsrechtlicher Gesetze	157
Teil 3	Maßstäbe für die Inhaltskontrolle kompensatorischer Vertragsbestimmungen	229
§ 9	Die Reichweite der Vorbildwirkung der §§ 74 ff. HGB für andere Beschränkungen der Berufsfreiheit	230
§ 10	Schranken der Inhaltskontrolle formularvertraglicher Kompensationsabreden	251
§ 11	Der Grundsatz der Unbeachtlichkeit des Preisarguments	279
§ 12	Das Gebot der Kopplung mit zweckkongruenten oder sachverwandten Ausgleichsleistungen	330

§ 13	Das Gebot der symmetrischen Ausgestaltung des Kompensationsmechanismus	387
§ 14	Das ungeschriebene Verhältnismäßigkeitsprinzip als Grenze arbeitsrechtlicher Kompensationsgeschäfte	404
§ 15	Kontrolle des Austauschverhältnisses zwischen Gestaltungsmangel und Ausgleichsleistung	465
Teil 4	Ergebnisse der Untersuchung	499
	Literaturverzeichnis	511

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Einführung und Grundlagen	21
§ 1 Einleitung	21
I. Kompensatorische Vertragsgestaltung – „Heilung“ vertraglicher Gestaltungsmängel durch Nachteilsausgleich	21
II. Praxiserprobte Beispiele vertraglicher Kompensationsmechanismen	23
1. Das Gewährleistungsmodell des Leasingvertrags	23
2. Die Abwälzung der Pflicht zur Durchführung von Schönheitsreparaturen auf den Mieter	25
3. Die Vereinbarung von Freigabeklauseln zur Vermeidung einer nachträglichen Übersicherung	27
4. Kompensatorische Modifikationen der Haftung im Arbeitsverhältnis	28
a) Die Arbeitgeberhaftung für Sachschäden des Arbeitnehmers analog § 670 BGB	28
b) Die Mankohaftung des Arbeitnehmers für Kassen- und Warenfehlbestände	30
III. Grundprobleme gewillkürter Mangelausgleichskonzepte	32
IV. Besonderheiten der Vertragsgestaltung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts	36
1. Folgerungen aus der Rechtsnatur und Rechtswirklichkeit des Arbeitsverhältnisses	36
a) Intensivierung der allgemeinen schuldvertraglichen Treupflicht	36
b) Gesteigerte Bedeutung des Zeitfaktors für den Interessenausgleich	37
c) Einbettung des Einzelarbeitsverhältnisses in übergeordnete Organisationsstrukturen	38
2. Normative Besonderheiten der Arbeitsrechtsordnung	39
a) Die Dichotomie der Arbeitsrechtsordnung: zwingend normierte und normfreie Bereiche des Arbeitsrechts	39
b) Der Verbraucherstatus des Arbeitnehmers	42

c) Überlagerung und Entlastung des Individualvertrags durch normativ wirkende Kollektivverträge	45
§ 2 Erscheinungsformen der Kompensationsmaxime	48
I. Vertraglicher und außervertraglicher Nachteilsausgleich im Privatrecht	48
1. Privatrecht als Ausgleichsordnung	48
2. Normative Ausprägungen der Kompensationsmaxime im Privatrecht	49
a) Vorgabe von Kompensationslösungen durch den Gesetzgeber	49
b) Bereitstellung normativer Rahmenbedingungen für mangelheilendes Verhalten des Regelungsadressaten	52
c) Ermächtigung des Normadressaten zur Vereinbarung von Kompensationsmechanismen	55
d) Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen – Prototyp eines kompensatorisch strukturierten Rechtsgebiets	58
II. Öffentlich-rechtliche Ausprägungen der Kompensationsmaxime	62
III. Mangelkompensation im Strafrecht	65
IV. Explizite Kompensationsbeschränkungen und Ausgleichsverbote	67
V. Zum Stand der Entwicklung rechtsgebietsübergreifender Kompensationsmodelle	69
1. Das Neutralisierungs- oder Reparationsmodell	69
2. Das Saldierungsmodell	71
3. Das Konzeptwechsel- oder Wahlschuldmodell	73
4. Entschädigungs- und Abgabenmodelle	76
5. Die Fortentwicklung des Entschädigungsmodells zur Versicherungslösung	78
6. Ertrag der Ausdifferenzierung einzelner Kompensationsmodelle .	80
§ 3 Der regulative Gehalt des Kompensationsgedankens	83
I. Nachteilsausgleich als elementares Gerechtigkeitspostulat	83
II. Akzeptanzsicherung, Förderung der Vertragstreue und Vertragerhaltung durch Kompensation	85
III. Vereinbarkeit des Kompensationsgedankens mit übergeordneten Strukturprinzipien des Rechts	89
1. Der Subsidiaritätsgrundsatz	89
2. Das verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeitsprinzip	92
IV. Ökonomisierung durch Kompensation	94
V. Zwischenfazit	100

§ 4	Grundsätzliche Vorbehalte gegenüber vertraglichen Kompensationslösungen	102
I.	Generelle rechtspolitische Kritikpunkte	102
1.	Normativitätsverluste als Folge eines gewillkürten Mangelausgleichs	102
2.	Störungssperpetuierung als Konsequenz vertraglicher Mangelkompensation	103
3.	Der Eindruck der Käuflichkeit des Rechts	104
II.	Zielkonflikte zwischen der Kompensationsmaxime und anerkannten Prinzipien der Vertragsgestaltung	105
1.	Zur Methodik der Vertragsgestaltung im Allgemeinen	105
2.	Das Gebot der Wahl des sichersten Wegs	106
3.	Das Gebot der Kostengünstigkeit	113
4.	Das Gebot der Praktikabilität der Gestaltung	117
5.	Zwischenfazit	120
§ 5	Kompensatorische Vertragsgestaltung – Effektivierung oder Preisgabe der Privatautonomie?	122
I.	Vertragsfreiheit als Mittel zur Selbstverwirklichung und Gefährdung für die Freiheitsbetätigung Dritter	122
II.	Folgerungen aus dem ambivalenten Charakter der Privatautonomie für die Kompensationsproblematik	124
III.	Kompensation von Gestaltungsmängeln durch richterliche Vertragshilfe	127
IV.	Zusammenfassung	130
Teil 2	Der Anwendungsbereich der kompensatorischen Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht	131
§ 6	Der zeitliche Einsatzbereich von Kompensationsinstrumenten	131
§ 7	Rechtsgutsdisponibilität als Kompensationsvoraussetzung	134
I.	Einführung	134
II.	Disponibilität wirtschaftsbezogener Rechtsgüter des Arbeitnehmers	135
III.	Disponibilität höchstpersönlicher Rechtsgüter des Arbeitnehmers ...	137

IV. Exzeptionelle Kompensationsverbote als Folge der Indisponibilität einzelner Rechtsgüter	140
1. Verlust der individuellen Dispositionsbefugnis aufgrund der Anordnung eines kollektiven Interessenausgleichs	140
a) Tarifdispositives Gesetzesrecht	140
b) Folgerungen aus den beschränkten Verzichtsmöglichkeiten bei kollektivvertraglich begründeten Rechten	142
c) Absicherung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats gegen abweichende Individualvereinbarungen – ein Problem der Dispositionsbefugnis der Arbeitsvertragsparteien?	143
2. Dispositionsbefugnis und Schutz des Rechtsverkehrs	148
3. Das Verbot des Vertrags zu Lasten Dritter und seine Konsequenzen für die Vertragsgestaltung	153
V. Zwischenfazit	156
§ 8 Auswirkungen der unterschiedlichen Schutzintensität arbeitsrechtlicher Gesetze	157
I. Vertragliche Ausgleichslösungen im Anwendungsbereich des dispositiven Arbeitsrechts	157
II. Kompensation vertraglicher Abweichungen von zwingenden Arbeitnehmerschutzvorschriften	159
1. Abdingbarkeit vermeintlich zwingenden Richterrechts auf dem Gebiet des Arbeitsrechts	159
2. Das Günstigkeitsprinzip und seine spezialgesetzlichen Ausprägungen als implizite Kompensationsermächtigungen	170
a) Potentielle Anwendungsfelder günstigkeitsbasierter vertraglicher Ausgleichskonzepte	170
b) Rechtskonstruktive Ansatzpunkte für Kompensationslösungen im Rahmen des Günstigkeitsprinzips	172
c) Unergiebigkeit der traditionellen Methoden der Gesetzesauslegung für die Präzisierung des Günstigkeitsvergleichs	178
aa) Die Entstehungsgeschichte des Günstigkeitsprinzips und seiner einzelnen normativen Ausprägungen	179
(1) Zum Ertrag des Quellenstudiums im Allgemeinen ...	180
(2) Die Genese des tarifrechtlichen Günstigkeitsprinzips	181
(3) Die Entstehungsgeschichte des urlaubsrechtlichen Günstigkeitsvorbehalts	184

bb) Grammatikalische Auslegung einzelner Günstigkeitstatbestände	185
cc) Systematische Schlussfolgerungen aus einzelnen Günstigkeitsvorbehalten für die Entscheidung zwischen Einzel- und Gesamtvergleich	188
(1) Schutz der eigenständigen Bedeutung von Tariföffnungsklauseln durch Einschränkung günstigkeitsbasierter Ausgleichskonzepte?	188
(2) Aussagekraft sachlich-gegenständlicher Beschränkungen des Günstigkeitsvergleichs nach § 13 BUrlG und verwandten Normen	190
dd) Folgerungen aus dem Regulierungszweck und dem verfassungsdogmatischen Fundament des Günstigkeitsprinzips	191
(1) Günstigkeitsprinzip – Leistungsprinzip – Sozialstaatsprinzip	192
(2) Günstigkeitsprinzip als Vorbehalt zum Schutz der Privatautonomie vor übermäßigen Beschränkungen	192
(3) Günstigkeitsprinzip und Subsidiaritätsidee	196
(4) Geringe Direktionskraft isolierter Normzweckbetrachtungen für die Ausgestaltung des Günstigkeitsvergleichs	197
(a) Konsequenzen einer Rückbesinnung auf den ambivalenten Charakter der Privatautonomie	197
(b) Möglichkeiten der Harmonisierung von Abwehr- und Schutzfunktion der Vertragsfreiheit im Rahmen des Günstigkeitsprinzips	202
d) Eigene Auffassung	216
e) Zwischenfazit	224
3. Kompensationsspielräume im Geltungsbereich beiderseitig zwingend ausgestalteter Normen	225
III. Resümee	226
Teil 3 Maßstäbe für die Inhaltskontrolle kompensatorischer Vertragsbestimmungen	229
§ 9 Die Reichweite der Vorbildwirkung der §§ 74 ff. HGB für andere Beschränkungen der Berufsfreiheit	230
I. Die Leitaussagen der handelsrechtlichen Regelungen über nachvertragliche Wettbewerbsverbote	230

II. Übertragbarkeit auf nachvertragliche Verschwiegenheitsabreden, Geheimnis- und Kundenschutzklauseln	231
1. Problembeschreibung	231
2. Planwidrige Lückenhaftigkeit des lauterbarkeitsrechtlichen Schutzes von Betriebsgeheimnissen	232
3. Interessenübereinstimmung in Bezug auf die generelle Anordnung einer Entschädigungspflicht für nachvertragliche Beschränkungen der Berufsfreiheit	237
4. Vergleichbarkeit der Interessenlage in Bezug auf die in § 74 Abs. 2 HGB vorgesehene Höhe der Karenzentschädigung	238
5. Vergleichbarkeit der Interessenlage in Bezug auf das Schriftformerfordernis des § 74 Abs. 1 HGB	241
6. Notwendige Modifikationen der Gestaltungsvorgaben in Bezug auf die örtlichen und zeitlichen Grenzen von Geheimnisschutzklauseln	242
III. Übertragbarkeit auf übermäßige Beschränkungen der Berufsausübungsfreiheit im laufenden Arbeitsverhältnis	246
IV. Fazit	250
§ 10 Schranken der Inhaltskontrolle formularvertraglicher Kompensationsabreden	251
I. Der Normzweck des § 307 Abs. 3 BGB	251
II. Der Grundsatz der Kontrollfreiheit deklaratorischer Formularvereinbarungen	254
1. Bedeutung für die Inhaltskontrolle arbeitsvertraglicher Kompensationsgeschäfte im Allgemeinen	254
2. Besonderheiten bei der Kontrolle kompensatorisch wirkender konstitutiver Verweisklauseln	255
III. Der Grundsatz der Kontrollfreiheit von Preis- und Hauptleistungsbestimmungen	260
1. Das Meinungsspektrum zur Beschreibung des kontrollfreien Regelungsbereichs	260
2. Strukturelle Schwächen der traditionellen Abgrenzungsversuche	261
a) Unterscheidung zwischen leistungsbezogenen Haupt- und Nebenabreden	262
b) Differenzierung zwischen leistungsbestimmenden und leistungsausgestaltenden Klauseln	263
c) Gegenüberstellung von Vereinbarungen über „echte“ Leistungen und „Scheinleistungen“	264

d) Unterscheidung zwischen unmittelbar und nur mittelbar der Hauptleistungsbestimmung dienenden Abreden	265
e) Die Kriterien der Marktkonformität und Gesamtbelastungsrelevanz einzelner Vertragsbestimmungen	266
3. Kontrollfreiheit in den von der Regulierungsfunktion des Marktes erfassten Regelungsbereichen	267
4. Plädoyer für eine typologische Gesamtbetrachtung	268
5. Konsequenzen für die Kontrollfähigkeit arbeitsrechtlicher, insbesondere die Vertragsbeendigung betreffende Kompensationsabreden	271
IV. Zusammenfassung	277
§ 11 Der Grundsatz der Unbeachtlichkeit des Preisarguments	279
I. Einführung	279
II. Das Meinungsspektrum im Überblick	284
III. Die ökonomische Dimension der Diskussion um die Beachtlichkeit des Preisarguments	289
1. Betriebswirtschaftliche Einwände gegen die Berücksichtigung kalkulatorischer Erwägungen	289
a) Unzureichende Nachweismöglichkeiten für die konkrete Preisrelevanz bestimmter Allgemeiner Geschäftsbedingungen	289
b) Unerheblichkeit konkreter Kausalitätsnachweise für die Funktionsfähigkeit der AGB-Kontrolle	291
2. Makroökonomische Konsequenzen der Berücksichtigung kalkulatorischer Erwägungen	295
a) Das Preisargument als vermeintlicher Auslöser eines Konditionenwettbewerbs nach unten	295
b) Besonderheiten der Wettbewerbssituation auf dem Arbeitsmarkt	299
c) Versicherungsfunktion und Solidarisierungserwägungen im Kontext des Preisarguments	306
IV. Rechtfertigung von Formularbedingungen mit Hilfe des Preisarguments als unlautere Wettbewerbshandlung	312
V. Integration des Preisarguments in das System der abgestuften Kontrollmaßstäbe des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	315
1. Historisch bedingte Vernachlässigung der Wertungen des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	315
a) Perpetuierung der Maßstäbe einer an §§ 138, 242 BGB orientierten freien Inhaltskontrolle	315

b) Fehlwertungen aufgrund unzulässiger Fixierung der Diskussion auf Haftungsverlagerungen und Gewährleistungsverkürzungen	316
2. Wertungswidersprüche bei der Behandlung kalkulatorischer Vertragsbestimmungen und kontrollfreier Preisabreden	318
3. Eigene Auffassung	320
a) Parallelen zur Kontroverse um die Konkretisierung des arbeitsrechtlichen Günstigkeitsprinzips	320
b) Überschießende Regulierungstendenz eines pauschalen Verbots kalkulatorischer Erwägungen bei der AGB-Kontrolle	320
c) Folgerungen für den Umgang mit dem Preisargument im Anwendungsbereich der §§ 307 – 309 BGB	325
d) Vorgaben der Klauselrichtlinie 93/13/EWG	327
VI. Fazit	328
§ 12 Das Gebot der Kopplung mit zweckkongruenten oder sachverwandten Ausgleichsleistungen	330
I. Inhalt und Konsequenzen des Kopplungsgebots im Überblick	330
II. Fehlende normative Verankerung des Kopplungsgebots	333
1. Vielfältigkeit spezialgesetzlicher Beispiele für individualvertragliche Kompensationsgeschäfte	333
2. Ambivalenz der Vorgaben des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	335
a) Einzelne besondere Klauselverbote als deklaratorische Ausprägungen eines allgemeingültigen Kopplungsgebots?	336
b) Kopplungsgebot als integraler Bestandteil der Generalklausel des § 307 Abs. 1 S. 1 BGB?	339
aa) Unterschiede zwischen Sachbezogenheit und Angemessenheit der Kompensationsleistung	339
bb) Kopplungsgebot als Folge der überindividuell- generalisierenden Beurteilungsmaßstäbe des AGB- Rechts?	341
cc) Unvereinbarkeit eines „strikten“ Kopplungsgebots mit den europarechtlichen Vorgaben für die Kontrolle von Verbraucherverträgen	345
c) Überschneidungen zwischen Kopplungsgebot und Überraschungsverbot	346
3. Das Kopplungsgebot des § 56 Abs. 1 S. 2 VwVfG	348

III. Fehleinschätzungen bezüglich des Regulierungspotentials von Konnexitätsanforderungen	351
1. Mangelnde Konsensfähigkeit der bisherigen Präzisierungen des Kopplungsgebots	352
a) Fehlbewertung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ..	352
b) Wechselhafte Terminologie als Indiz für sachlich divergierende Kontrollmaßstäbe	355
2. Das Kopplungsgebot als formaler Grundsatz	356
a) Offenheit in Bezug auf die grundsätzliche Beschaffenheit und Nähe des Ausgleichszusammenhangs	357
b) Fehlende Möglichkeiten zur Präzisierung des Kopplungsgebots	362
aa) Gebot der kumulativen Anwendung vorteilhafter und benachteiligender Klauseln bei der Vertragsabwicklung ..	362
bb) Beschränkung des Ausgleichszusammenhangs auf „Gesamtregelungen einer einheitlichen Thematik“	363
cc) Ermittlung des Ausgleichszusammenhangs anhand des durch die Klausel objektiv tangierten Interesses	365
dd) Benachteiligende Klausel als Ausgangspunkt für die Bestimmung des relevanten Sachzusammenhangs	368
3. Zwischenfazit	370
IV. Versuche einer teleologischen Rechtfertigung des Kopplungsgebots .	370
1. Kopplungsgebot als notwendiger Ausgleich für die AGB- rechtstypische, einseitige Inanspruchnahme der Vertragsgestaltungsfreiheit?	370
2. Kopplungsgebot als Instrument zur Verhinderung einer unzulässi- gen Äquivalenzkontrolle des Kompensationsmechanismus? ...	378
3. Notwendigkeit einer Synchronisierung der Anforderungen für die Nachteilskompensation und Nachteilsaldierung	383
V. Zusammenfassung	385
§ 13 Das Gebot der symmetrischen Ausgestaltung des Kompensationsmechanismus	387
I. Einführung	387
II. Ausprägungen des Symmetriedenkens im geltenden Recht	388
III. Fehlende rechtsdogmatische Verankerung und Regulierungsdefizite des Symmetriegebots im Vertragsrecht	392
IV. Zwischenfazit	402

§ 14	Das ungeschriebene Verhältnismäßigkeitsprinzip als Grenze arbeitsrechtlicher Kompensationsgeschäfte	404
I.	Zur Legitimation der privatrechtlichen Verhältnismäßigkeitskontrolle im Allgemeinen	405
1.	Ursprung und Inhalt der Verhältnismäßigkeitskontrolle	405
2.	Risiken und Vorzüge der Verhaltenssteuerung mit Hilfe des privatrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	408
3.	Verhältnismäßigkeitskontrolle als Voraussetzung für den Eingriff in eine fremde, absolut geschützte Rechtssphäre	415
4.	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Grenze der Ausübung von Sachwalterbefugnissen in fremdnützig geprägten Rechtsverhältnissen	417
II.	Zur Rechtfertigung der Verhältnismäßigkeitskontrolle arbeitsrechtlicher Kompensationsvereinbarungen	419
1.	§ 307 Abs. 1 BGB als Wertentscheidung für eine grundsätzlich nur eingeschränkte Verhältnismäßigkeitskontrolle im AGB-Recht	419
2.	Intensivierung der Verhältnismäßigkeitskontrolle bei der Verursachung bestimmter Gestaltungsmängel	421
a)	Kompensation von Verstößen gegen zwingendes Schutzrecht	422
b)	Kompensation formularvertraglicher Gestaltungsmängel im Anwendungsbereich des dispositiven Rechts oder von Generalklauseln	423
c)	Auswirkungen auf die Inhaltskontrolle individuell ausgehandelter Kompensationsgeschäfte	425
III.	Folgerungen für ausgewählte Mangelausgleichskonzepte	425
1.	Kompensation durch deklaratorische Bestätigung ohnehin bestehender Rechtspositionen	426
2.	Kompensation des Gestaltungsmangels durch Expektanzen	427
3.	Kompensation durch Gestaltungsvorteile, die nicht vom Mangelverursacher herrühren	429
4.	Kompensation durch Status – das Sonderrecht der leitenden Angestellten und außertariflich entlohnten Beschäftigten	429
a)	Zu den erweiterten Regelungsspielräumen bei der Vertragsgestaltung mit leitenden Angestellten im Überblick ..	430
aa)	Vereinbarungen über die Flexibilisierung des Arbeitsentgelts	430
bb)	Abreden über die Gestaltung der Arbeitszeit leitender Angestellter	431

cc) Gestalterische Reaktionen auf die Zurücknahme des kündigungrechtlichen Bestandsschutzes für leitende Angestellte	433
dd) Vertragliche Ausgestaltungen der gesteigerten Treuebindung leitender Angestellter in weiteren Bereichen	436
ee) Zwischenbilanz	438
b) Der Status des leitenden Angestellten als taugliche Kompensationsleistung?	439
aa) Kriterien für die Einstufung eines Beschäftigten als leitender Angestellter	439
bb) Unterschiedliche Gewichtung der Statusmerkmale im Kontext der Vertragsgestaltung	440
cc) Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen individuell-werthaltigen und dem Arbeitgeber dienlichen Statusmerkmalen	441
dd) Transparenzdefizite der bisherigen Gestaltungspraxis	443
c) Folgerungen für die Vertragsgestaltung mit außertariflich vergüteten Arbeitnehmern	444
5. Kompensation durch kollektiv vereinbarte oder einem Kollektiv gewährte Ausgleichsleistungen	445
a) Problembeschreibung	445
b) Kollektive Vereinbarung des Mangelausgleichs	448
aa) Mangelheilung durch Absprachen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber	448
(1) Kompensationskompetenz als Bestandteil der Betriebsautonomie?	449
(2) Verbleibende Probleme auf Basis des herrschenden Verständnisses von der Reichweite der Betriebsautonomie und ihren Grenzen	455
bb) Kollektive Mangelheilung durch gewillkürte Treuhandlösungen	462
c) Kollektivierung der Ausgleichsleistung	463
IV. Fazit	463
§ 15 Kontrolle des Austauschverhältnisses zwischen Gestaltungsmangel und Ausgleichsleistung	465
I. Einführung	465
II. Suche nach dem iustum pretium im Spannungsfeld zwischen subjektiver Wertlehre und objektiver Preisgerechtigkeit	466

III. Zur Notwendigkeit einer Verschränkung der subjektiven und der objektiven Preisbestimmungsmethoden	472
1. Unvermeidbare objektive Konzessionen der subjektiven Wertlehre	472
a) Objektive Einflüsse auf den Gebrauchs- und Tauschwert eines Rechtsguts oder Interesses	473
b) Streben nach einheitlichen Bewertungsmaßstäben im Vertrags- und Deliktsrecht	474
c) Verfassungsrechtliche Einwände gegen eine ausschließlich subjektiv determinierte Güterbewertung	475
2. Schwächen der traditionellen Ansätze zur Objektivierung der Preisgerechtigkeit	476
a) Gleichsetzung von Preisgerechtigkeit, Symmetrie und Äquivalenz	476
b) Bedenken gegenüber den Preisbestimmungskonzepten der Nationalökonomie	480
c) Einwände gegen eine Substitution der Preiskontrolle durch die Festlegung preisrelevanter Rahmenbedingungen für die Ausübung der Vertragsfreiheit	481
3. Die Güter- und Interessenabwägung als Mittel zur Harmonisierung subjektiver und objektiver Preisgerechtigkeitsvorstellungen	483
IV. Ausgewählte Wertungskriterien und Leitlinien für die Abwägung bei der Kontrolle von Kompensationsgeschäften	484
1. Vorbemerkung	484
2. Normative Vorgaben für den möglichen Beschränkungsumfang grundsätzlich kompensabler Rechtsgüter des Arbeitnehmers	486
3. Faktoren für die Bewertung des Gestaltungsmangels und der Ausgleichsleistung	489
V. Fazit	497
Teil 4 Ergebnisse der Untersuchung	499
Literaturverzeichnis	511